

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 219038/39
Telex: 886846 pbbn d

Inhalt

Hans-Günther Toetemeyer
MdB fordert die Bundesregie-
rung auf, gegen die Unterdrück-
ung von Forschung und Leh-
re in Namibia aktiv zu werden:
Pretoria ignoriert die Überein-
kunft.

Seite 1

Karsten D. Voigt MdB weist
auf die unveränderte Ausrich-
tung der französischen Milli-
tärpolitik hin: Kein Vorwand
zur Verzögerung von Verhand-
lungen.

Seite 2

Prof. Monika Ganseforth MdB
verlangt effektive Schritte der
Bundesregierung zur Verhinde-
rung der Zerstörung der Dör-
fer in Rumänien: Ceausescu
bleibt unbeirrt.

Seite 5

Dr. Dietrich Sperling MdB
zeichnet die Politik von Woh-
nungsbauminister Schneider
nach: Windungen und Wen-
dungen.

Seite 6

43. Jahrgang / 158

19. August 1988

Pretoria ignoriert die Übereinkunft

Freiheit von Lehre und Forschung muß wieder hergestellt werden

Von Hans-Günther Toetemeyer MdB

Südafrikanische Sicherheitstruppen haben gestern das Gelände der Universität Windhoek besetzt, eine friedliche Studentendemonstration gewaltsam aufgelöst und Dutzende von weißen und schwarzen Studenten verhaftet. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein deutscher Staatsbürger, der zufällig auf dem Universitätsgelände war.

Alle Wissenschaftler sind von der Universität verwiesen worden. Wann sie ihre Arbeit wieder aufnehmen können, ist ungewiß.

Dies ist die erste Reaktion der reaktionären Weißen in Namibia auf die Übereinkunft zwischen den USA, Angola, Kuba und Südafrika über die Verwirklichung der UN-Resolution 435. Kaum hat die südafrikanische Regierung ein Abkommen unterzeichnet, schon unterläuft sie es. Dies ist ein erneuter Beweis für die Unglaubwürdigkeit des Botha-Regimes.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, bei der südafrikanischen Regierung nachdrücklich mit dem Ziel zu intervenieren, die Freiheit von Forschung und Lehre umgehend wieder herzustellen sowie den deutschen Staatsbürger freizulassen.

(-/19.8.1988/vo-he/st)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with recycled paper
Kreuzkopf-Druck



Kein Vorwand zur Verzögerung von Verhandlungen

Französische Militärpolitik und deutsch-französische Zusammenarbeit

Von Karsten D. Voigt MdB

SPD-Obmann im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Auf dem Ende August in Münster beginnenden Bundesparteitag ist die Beratung und Verabschiedung eines umfangreichen Antrages zur deutsch-französischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik vorgesehen. Diese Zusammenarbeit sollte die SPD bejahen, obwohl die französische Verteidigungspolitik und auch die französische Abrüstungspolitik für die Bundesrepublik nicht ohne Probleme ist und in einzelnen Punkten auf den entschiedenen Widerspruch der SPD stoßen muß.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit darf nicht bedeuten, daß die Bundesrepublik sich damit einen Vorwand zur Verzögerung von Abrüstungsverhandlungen im nuklearen, konventionellen oder gar chemischen Bereich verschafft. Eine Zustimmung zu dieser französischen Nuklearstrategie, die sich weiterhin auch auf nukleare Kurzstreckenraketen wie die 'Hadès' zu stützen beabsichtigt und auch eine eventuelle Produktion französischer Neutronenbomben widerspricht deutschen Sicherheitsinteressen. Die deutsch-französische Zusammenarbeit darf andere westeuropäische Staaten nicht ausgrenzen. Sie muß auch den Ausbau der Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas und damit den Abbau der Spannungen und Rüstungen im Ost-West-Verhältnis insgesamt zum Ziel haben.

Schwerpunkte im Verteidigungshaushalt Frankreichs

Die Loi de Programmation Militaire 1987 - 1991 ist am 10. April 1987 von einer übergroßen Mehrheit, eingeschlossen die Sozialisten und nur gegen die Stimmen der Kommunisten, von der Assemblée Nationale angenommen worden. Die wesentlichen Schwerpunkte des Gesetzes sind:

- der Militäranteil am französischen BSP würde so bei vier Prozent gehalten; für die Bundesrepublik beträgt er etwa drei Prozent;
- grob sollte ein Drittel der Militär-Aufwendungen in den Nuklearbereich investiert werden, zwei Drittel in die konventionelle Bewaffung;
- allein 73 Milliarden Francs sind für die Entwicklung der 96 neuen strategischen U-Boot-Raketen M-5 vorgesehen, 68 Milliarden für die sechs U-Boote der neuen Generation selbst (die M-5 wird zielgenauer und die neue Generation der U-Boote wird äußerst laufruhig und damit schwerer zu orten sein);
- weitere 45 Milliarden FF werden für den Panzer Leclerc verplant, das Nachfolgemodell des AMX-30, der nach 1992 in 1.100 Exemplaren in die Truppe eingeführt werden soll; zwölf Milliarden FF werden zunächst für die Modernisierung des AMX-30 B2 ausgegeben.

Weitere Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben betreffen

- 30 Milliarden FF für die mindestens 18, unter Umständen zusätzlich mobile weitere ballistische Rakete S-4 (Nachfolge der strategischen Raketen auf dem Plateau d'Albion; Einführungsjahr in die Truppe: 1995/96);
- 30,3 Milliarden FF für die 75 Mirage 2.000 N-Bomber als Träger der 300 Kilometer reichenden nuklearen (150 Kilotonnen) ASMP-(=Luft-Boden-)Rakete (Mitterrand weihte am 12. Juli 1988 das erste Geschwader dieses die alte Mirage IV-Flotte ersetzenden Systems ein);
- 63 Milliarden FF sind veranschlagt für 225 Mirage 2.000 DA-Jäger (1995);

- 172 Milliarden FF für Rafale, das taktische Kampfflugzeug, das Frankreich nach dem Scheitern einer Beteiligung am Jäger 90-Projekt allein zu bauen beabsichtigt;
- der neue Kampfhubschrauber (PAH II), das Kooperationsprojekt mit der Bundesrepublik, soll für 220 Exemplare 25 Milliarden FF kosten (1997);
- die „prästrategische“ Hadès-Rakete (Nachfolgerin der Pluto) ist mit ihren 90 Stück auf 13,6 Milliarden FF veranschlagt (1992);
- ebenso potentiell in den Bereich der taktischen Atomwaffen fallend stehen mit 19 Milliarden FF 500 neue 155 mm-Kanonen zu Buche; mit ihrer Hilfe können theoretisch auch Neutronenbomben abgefeuert werden. Im Haushaltsprogramm heißt es hierzu: „Unsere Streitkräfte müssen mit Neutronenwaffen ausgerüstet werden.“
- Der militärische Satellit Helios kostet in der Planung 7,5 Milliarden FF (1993);
- das von den USA geordnete AWACS-System mit seinen zunächst drei Exemplaren 5,75 Milliarden;
- die 27 See-Patrouillen-Flugzeuge Breguet Atlantique - Nouvelle Génération schlagen mit 26,3 Milliarden FF zu Buche;
- schließlich werden 14 Milliarden FF für die acht avisierten Jagd-U-Boote verplant und 13,9 Milliarden für den neuen nuklearbetriebenen Flugzeugträger Charles de Gaulle (1995), zuzüglich zehn Milliarden für ein eventuelles weiteres Exemplar.

Schwerpunkte der Militärpolitik Frankreichs

Eine politische Analyse dieser gewaltigen Beschaffungsvorhaben macht folgendes deutlich:

- a) Frankreich ist von Zweifeln in die Wirksamkeit seiner strategischen Waffe offenbar unberührt: Ein großer Teil der Investitionen geht weiterhin in den atomaren Bereich. Offensichtlich versuchen Konservative wie Sozialisten, den drohenden Wertverlust für die Force de frappe im Falle einer (auch nur ansatzweisen, das heißt auf kinetischen Waffen beruhenden) Installierung von SDI mit der dazugehörigen sowjetischen Reaktion zu konterkarieren durch einen großzügigen quantitativen wie qualitativen Ausbau der strategischen Bewaffung.
- b) Gleichzeitig setzt Frankreich weiter auf seine „prästrategischen“ Waffenarsenale: die Modernisierung der Pluto zur Hadès gehört hierzu ebenso wie die Aufstellung von Geschwadern Mirage 2.000 N, die die noch im Einsatz befindlichen 18 Mirage IV ersetzen werden. Dabei hat potentiell jeder der ASMP-Sprengladungen die elffache Vernichtungskapazität der Hiroshima-Bombe. Die Kombination ASMP/Mirage 2.000 erhält durch ihre Durchdringungsfähigkeit eine besondere Qualität: allein die Überschall-Rakete hat eine Reichweite von 300 Kilometern, das Flugzeug hat, ohne aufzutanken, einen Aktionsradius von 1.500 Kilometern.
- c) Frankreich setzt auch unter der neuen PS-Regierung Mitterrands eine Option auf die Produktion der Neutronenwaffe nicht aus.
- d) Ebenso wie der Ausbau der taktischen Nuklearwaffe, der der gaullistischen Abschreckungsdoktrin im Prinzip widerspricht, zeigt dies die Absicht Frankreichs, unter bestimmten Umständen ein zwar im Umfang begrenztes, trotzdem aber militärisch wirksames Potential an modernen chemischen Waffen zu produzieren. Der Einstieg Frankreichs in die Produktion chemischer Waffen wird mit entsprechenden Arsenalen vor allem der Sowjetunion begründet. Dieser Begründung aber widerspricht die bremsende Haltung Frankreichs bei den Verhandlungen über eine weltweite Ächtung chemischer Waffen.
- e) Die Flugzeugträgerplanungen verdeutlichen den Willen Frankreichs, in aller Welt präsent zu sein. Die Aufstellung der Force d'Action Rapide (FAR) hatte dies bereits seit 1985 unter Charles Hernu eingeleitet.

- f) Zum letzten wird eines der Grundprobleme der französischen Militärplanung ansatzweise gelöst, die Abhängigkeit von der NATO und den USA betreffend die Luftaufklärung (durch AWACS) und betreffend die Kommunikation der Leitstellen mit der Force de frappe (Hélios). Hier verfügt Frankreich mit dem allerdings noch unvollständigen Fernmeldesatelliten-System Syracuse bereits über Ansätze.

Kontinuität durch die französische sozialistische Regierung

Bei einem Truppenbesuch in Toulon bekräftigt der neuernannte sozialistische Verteidigungsminister Chevènement, daß seine Regierung auch in der Frage der kostspieligen (und was den Radius französischer militärischer Präsenz angeht: äußerst aussagekräftigen) Flugzeugträger zur Programmation Militaire stehen werde. (Der neue, nuklearbetriebene Träger Charles-de-Gaulle wird 1996 einsatzbereit sein; für diesen Zeitpunkt werden der Clemenceau und der Foch als überaltet angesehen.) Bei dieser Gelegenheit rechtfertigte Chevènement im übrigen auch die umfangreiche Golf-Präsenz Frankreichs, die die Cohabitations-Regierung beschlossen hatte.

Das erste U-Boot der neuen Generation, le Triomphant, wird in 1994 in Dienst gestellt werden (le Monde vom 14. Juni 1988). Angesichts der gewaltigen finanziellen Aufwendungen für die letztgenannten beiden Großprojekte hat die Marine in den vergangenen Jahren übrigens eine Reihe von Schiffen und auch sonstigen Einrichtungen stillgelegt.

Mitte Mai (le Monde vom 15./16. Mai und Le Figaro vom 16. Mai 1988) nahm die Marine das atomarbetriebene 5. Jagd-U-Boot (Sous-Marin Nucleaire d'Attaque), Améthyste genannt, in Dienst, das unter anderem die im Falkland-Krieg erprobten Exocet-Raketen tragen kann. In diesem Zusammenhang war die Rede von einem kanadischen Auftrag für etwa zwölf dieser (dann etwas vergrößerten) U-Boote. Volumen des Geschäfts: circa acht Milliarden kanadische Dollar (circa 12,5 Milliarden DM, knapp 40 Milliarden FF) - also ein Großauftrag, der mehr als die derzeit eingehenden jährlichen Rüstungsaufträge ausmacht.

Frankreich hat seine Nukleartests nach der Wahl Mitterrands (am 8. Mai 1988) eher noch verstärkt. Bereits Außenminister Dumas hatte dies vor der außerordentlichen UNO-Konferenz für Abrüstung Anfang Juni in New York (Le Figaro vom 4./5. Juni 1988) geäußert. Allerdings werde Frankreich seine Informationspolitik verbessern: von nun ab werde es jeweils am Jahresende Auskunft über seine absolvierten Versuche geben. Insbesondere Neuseeland hatte erneut heftig protestiert (Le Monde vom 5./6. Juni 1988). Die Versuche nach dem 8. Mai: 11.05., 26.05 (80 kt), 20.06 und 21.06. (30 kt).

In der Mai-Ausgabe der offiziellen Défense Nationale publizierte Divisions-General der Reserve (vergleichbar einem BW-Generalmajor = 2-Sterne-General) Guy Lewin seine Auffassung, die Armee solle Frankreichs Helikopter-Flotte mit der Neutronenbombe ausrüsten. Lewin war früher Chef des Nukleartest-Zentrums in Polynesien (unter anderem Mururoa-Atoll). Als potentiellen Einsatzort nannte der General die Bundesrepublik; die Force d'Action Rapide sollte mit der Neutronenbombe ausgerüstet werden. Hingegen sollte man auf die Produktion der Hades-Rakete verzichten - diese sei nicht für eine Neutronen-Bestückung geeignet.

(-/19.8.1988/vo-he/st)

Ceausescu bleibt unbeirrt

**Bundesregierung muß alle Einflußmöglichkeiten nutzen, die Zerstörung
der Dörfer in Rumänien zu verhindern**

**Von Prof. Monika Ganseforth MdB
Stellvertretende Vorsitzende der deutsch-rumänischen Parlamentariergruppe**

Die rumänische Regierung und ihr Staatschef setzt ihren Plan der massenhaften Zerstörung der Dörfer und ihrer gewachsenen Kultur durch die sogenannte „Systematisierung“ unverändert fort. Obwohl bei den Gesprächen, die die Mitglieder der deutsch-rumänischen Parlamentariergruppe im Juni in Rumänien von offizieller Seite beschwichtigend gesagt worden war, daß Ausmaß und Zeitplan der Systematisierungskampagne noch völlig offen seien, zeigt sich jetzt, daß Ceausescu und die rumänische Regierung fest entschlossen ist, die Zerstörung der Dörfer in großem Maßstab einzuleiten und unbeeinflußt fortzusetzen.

Es wird höchste Zeit, daß die Bundesregierung und das Außenministerium endlich aktiv werden und alle Einflußmöglichkeiten nutzen, dieses barbarische Vorhaben zu verhindern. Der Bundestag hat eindeutig und mit der Zustimmung aller Fraktionen dem von der SPD eingebrachten Antrag zugestimmt, in dem die Regierung zum Handeln gegen die Zerstörung der rumänischen Dörfer aufgefordert wird. Wir Abgeordneten, die wir uns der rumänischen Bevölkerung einschließlich der deutschen und ungarischen Minderheiten in Sympathie verbunden fühlen, haben sowohl den Regierungsvertretern in Rumänien als auch hier in der Bundesrepublik deutliche Worte gesagt.

Es geht nicht an, daß die Bundesregierung in dieser Situation vornehme Zurückhaltung übt oder sogar Gespräche über eine mögliche Wirtschaftskooperation mit Rumänien führt.

Es ist der Zeitpunkt erreicht, an dem das wahnsinnige und verbrecherische Projekt gegen das rumänische Volk und die deutschen und ungarischen Minderheiten der Zerstörung der Dörfer gestoppt werden muß durch nationales und internationales Handeln. (-/19.8.1988/vo-he/st)

• • •

Windungen und Wendungen

Minister Schneider auf Springprozession

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Der Wohnungsbauminister der Bundesregierung (zur Erinnerung: er heißt Schneider) wird eigentlich unterschätzt. Er hat es zwar hinnehmen müssen, auf die wohnungspolitisch wichtigen Entscheidungen seiner Regierung kaum noch Einfluß zu haben, aber er leistet Beachtliches in dem Versuch, den ohne oder gegen ihn getroffenen Entscheidungen im nachhinein den Anstrich zu verleihen, sie seien wohnungspolitisch sinnvoll. Das ist zweifelsohne schwer, aber er tut dies so engagiert, daß er sich selbst permanent mit seinen eigenen Aussagen in die Quere kommt.

Noch im September hieß es bei ihm: Eine Streichung der Steuerbefreiung für die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sei „wohnungspolitisch verfehlt“. Jetzt heißt es im Originalton: „Die in der Steuerreform gefundene Lösung ist wohnungspolitisch positiv zu bewerten“ (weil die Übergangsregelungen in das eigentlich wohnungspolitisch Verfehlete günstig seien).

Noch im September hieß es, die Wohnungsgemeinnützigkeit sei „die notwendige qualitative Ergänzung zu den ausschließlich quantitativen Wirkungen des Wohngeldes“. Jetzt heißt es: „Die qualitative Ergänzung des Wohngeldes... war Ergebnis von selbstverantwortlichem gemeinnützigem Handeln. Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft hat wiederholt bekundet, sie ziehe eine selbstverantwortete Wohnungsgemeinnützigkeit einer noch stärkeren staatlichen reglementierten Wohnungsgemeinnützigkeit vor.“

Mal abgesehen davon, daß es um diese Alternative noch nie ging, erinnert die Logik an den Spruch: „Freiheit für die Gummibärchen - weg mit den Tüten.“

Und zum Schluß: Noch im September hieß es, daß eine marktwirtschaftlich ausgerichtete Wohnungspolitik die Bedeutung der Gemeinnützigkeit verstärke. Jetzt heißt es zur Gegenfrage, ob denn die Entscheidungen des Bundes demgemäß antimarktwirtschaftlich seien, nur sehr einsilbig: „Nein.“ An dieser Stelle hatte der Minister vermutlich keine Lust mehr, ist auch nicht schön, sich immer nur selbst widersprechen zu dürfen und nicht den anderen, vor allem dem Finanzminister.

(-/19.8.1988/vo-he/st)

* * *